



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Die Polenpolitik der Deutschen und Polen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Polenpolitik der Deutschen und Polen

Von Georg Kleinow

Daß Wesen der modernen polnischen Politik hat kürzlich W. Kosia-
kiewicz gekennzeichnet, als er von der Erklärung der polnischen Re-
gierung wegen der Friedensverhandlungen in Vitauisch-Brest sagte:
„Diese polnische Stimme an die Völker scheint uns mannhaft und
rein zu sein. Die öffentliche, amtliche, anerkannte polnische
Regierung schlägt hier keinen andern Ton an, als denjenigen in welchem
unsere großen Dichter, die Leiter der Emigration, unsere Regierungen und
geheimen Behörden während der Aufstände zu den Völkern im Namen Polens
sprachen. Wir hören in ihr die Stimme unserer ehrwürdigsten Vergangenheit . . .“*)
„die Erklärung der polnischen Regierung ist . . . ein Dokument von geschichtlicher
Tragweite . . .“**) Freilich auch von einem Gesichtspunkte aus, der „die Galatisten
und Albeutschen“ nicht nur nicht „rasen“, wie das Graudenzger Polenblatt***)
schreibt, sondern sie sehr vergnügt schmunzeln machen wird, da es ihnen ein geradezu
glänzendes Material zur Begründung einer scharfen antipolnischen Politik in die
Hände spielt. Sie können nämlich mit der polnischen Regierungserklärung, „die
von den Völkern Europas und von der öffentlichen Meinung der zivilisierten
Welt vernommen werden“ soll†), in der Hand nachweisen, daß die polnischen Real-
politiker von heute genau dieselben für ihre Nachbarn gefährlichen Romantiker ge-
blieben sind, die sie 1861 waren, als Graf Zamoycki unter dem Druck der Demo-
kratie die kluge Politik des Marquis Wjelopolski zum Scheitern brachte. Unter dem
Druck „der großen Dichter, der Leiter der Emigration, der geheimen Behörden“
mußte Wjelopolski — zu unserem Glück — sein kühn und groß angelegtes Werk, das
die Polen zur Vormacht unter den Slawen und zur Hauptstütze der zarischen
Politik machen sollte, aufgeben. Herr Kucharzowski scheint die Rolle jenes
Zamoycki nur mit der Front gegen Deutschland übernommen zu haben.

*) „Kurier Polski“ Nr. 30, Warschau, den 31. Januar.

**) „Prawda“ Nr. 29, Posen, den 5. Februar.

***) „Gazeta Grudziadzka“ Nr. 14, Graudenz, den 5. Februar.

†) „Gazeta Narodowa“ Nr. 28, Posen, den 5. Februar.

Die polnische Politik, getragen von einem romantischen Optimismus ohne Grenzen und von dem unererschütterlichen Glauben an den Sieg der Ententewaffen über die deutschen Heere, gipfelte bis in die letzten Tage — ziehen wir nur ihre praktischen Erfolge in Betracht — in dem Bestreben, den polnischen Staat, noch ehe er eigentlich mehr war als ein Stück Papier in den Händen der Mittelmächte, schon so unabhängig von eben diesen Mittelmächten hinzustellen, daß er durch seine Regierung befähigt sein sollte, die Polenfrage in allen ihren Ausstrahlungen vor das internationale Forum eines Weltfriedenskongresses zu bringen und in dessen Folge unter den Schutz internationaler Aufsicht zu stellen. Um die Mittel zur Erreichung dieses Zieles war man nicht verlegen: die Gestellung von hunderttausenden Freiwilligen, die gegen Rußland kämpfen würden, wurde versprochen; freilich sollte diese polnische Armee von Herrn Pilsudski ausgebildet werden, der in den Jahren 1905 bis 1907 als sozialer Revolutionär die deutschen Unternehmer im Weichselgebiet gebrandschatzt hatte; gekämpft haben polnische Legionäre in geringer Zahl nur gegen die Ukrainer! Als Wilson vor etwa einem Jahr seine nach Inhalt und Form gleich unerhörten Forderungen an die Mittelmächte richtete, scheute sich die Warschauer polnische Regierung nicht, ihm ihre Zustimmung direkt zum Ausdruck zu bringen. Am 30. Januar d. J. wendete sich die Warschauer Regierung durchaus nach maximalistischem Vorbilde mit einer Erklärung an die ganze Welt, in der es unter anderem heißt: „die polnische Regierung ist von dem Bestreben durchdrungen, daß der polnische Staat, seinen geschichtlichen Traditionen folgend und sie dem neuzeitlichen Geiste gemäß entwickelnd, sich in seiner politischen und sozialen Verfassung und in seinen internationalen Beziehungen auf demokratische Grundlagen stütze...“ Damit neben dem Erhabenen auch das Lächerliche nicht fehle, lehnte der Regentschaftsrat am letzten Geburtstag des Deutschen Kaisers die Einladung des Generalgouverneurs, der Galavorstellung in dessen Loge beizuwohnen, zunächst mit der Begründung ab, daß ihm als Oberhaupt des souveränen Staates Polen eigentlich das Recht auf die vornehmste Loge zustehet! Der anmaßlichen Reden von Herrn Korfanty und Trampczynski wurde schon früher in den „Grenzboten“ gedacht; ihnen ist eine nicht weniger kede Rede des Herrn Seyda im Deutschen Reichstage und eine noch wildere des Herrn Daszynski im Wiener Reichsrat gefolgt. Alle diese Bekundungen und zahlreichen Zeitungsartikel und Propagandaschriften zielen auf das Recht, sich diejenigen Bundesgenossen in der Welt zu wählen, die den Polen helfen würden, ihr Einigungswerk auf Kosten der Mittelmächte fortzusetzen und zu einem glücklichen Ende zu führen. Für die politische Praxis heißt das: Freundschaft und Bündnis mit den Mächten der Entente gegen das Deutsche Reich!

Es hat von jeher zahlreiche Deutsche gegeben, die behaupteten, den Polen ginge jede Fähigkeit ab, sich selbst zu regieren. Für sie war damit die Notwendigkeit der Teilungen des achtzehnten Jahrhunderts gegeben; aus der Unfähigkeit der Polen leiteten sie auch das Recht her, daß es bei der Aufteilung des einst mächtigen Staates bleiben müsse. Aber noch mehr: für viele ergab sich aus der Untauglichkeit der Polen zu eigenem Staatsleben auch die moralische Verpflichtung der Deutschen und Moskowiter, die polnische Nationalität von der Erdoberfläche verschwinden zu machen, wo sie sich in Widerspruch zur Entwicklung der beteiligten Nationalstaaten zeigte. Doch schon lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges begann die Erkenntnis

zu dämmern, daß in dieser Logik irgendetwas nicht stimmte: die zu eigener Staatlichkeit unfähigen Polen erwiesen sich nicht nur als unausrottbar, sondern auch als durchaus befähigt, sich innerhalb der Teilungsgebiete mehr oder minder unabhängig zu organisieren und zusammenzuschließen, so zusammenzuschließen, daß der Berliner Nationalökonom Ludwig Bernhard mit Recht von einem polnischen Gemeinwesen im preußischen Staate sprechen konnte, während ich selbst unter Hinweis auf ihre Entwicklung in Rußland nachwies, daß sich ein Volk von zwanzig Millionen Seelen nicht vom Erdboden fortwischen ließe und wohl berechtigt sei, eine national-staatliche Organisation anzustreben. Damit war natürlich nicht gesagt, daß die Polen nun auch befähigt wären, einen eigenen nationalen Staat selbständig zu führen, das mußten sie erst beweisen. Dazu gehört mehr als der gute Wille und wirtschaftliches Können, um so mehr als die Welt seit der letzten Teilung nicht stille stand und die äußeren Bedingungen für die Lebensfähigkeit eines polnischen Staatswesens eher schwieriger als leichter geworden sind. Ein langjähriges Studium aller einschlägigen Verhältnisse hat mich zu der Auffassung geführt, daß die Polen zwar zu einer vollen Selbständigkeit nicht befähigt seien, daß sie aber an der Seite Deutschlands und in engster Anlehnung an Preußen unter gewissen territorialen Voraussetzungen einen eigenen, nicht unwohnlichen Staatsbau würden einrichten können, der ihrer Eigenart entspräche und die Belänge des Deutschen Reiches nicht stören würde. Und ich bin noch einen Schritt weitergegangen: ich hielt die Schaffung eines polnischen Staates auf ehemals russischem Boden mit weit nach Osten ausladenden Grenzen für eine Aufgabe der deutschen Politik, sofern sich die Polen auch als ehrliche Parteigänger und Bundesgenossen der Deutschen erweisen sollten.

Andere Kreise gingen in ihrem Entgegenkommen an die Polen noch weiter. Aus dem wirtschaftlichen Aufschwung, den die Polen sowohl in Rußland wie in Preußen vor dem Kriege genommen hatten, folgerten sie, daß die Polen zu völliger Selbständigkeit reif seien, wenn man sie nur gewähren lassen wollte. Dabei blieb aber unbeachtet, daß hüben und drüben die Polen doch vor allen Dingen passiv an der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung der Wirtschaftsgebiete, denen sie eingegliedert waren, teilnahmen, daß in Russisch-Polen der polnische Aufstieg in erster Linie getragen wurde von Deutschen und Juden, deren Belänge eng mit einem liberalen deutschfeindlichen Rußland verknüpft waren, während in Preußen das Jhrige die Millionen der Ansiedlungskommission bewirkt hatten. Genug, es wurde unter der Verantwortung des Herrn von Bethmann Hollweg jene Ara eingeleitet, die den Polen es ermöglichen sollte, sich einen selbständigen Staat zu zimmern. Dabei wurde trotz ernster Warnungen von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Polen kluger politischer Sinn sie zu unentwegten Verbündeten und Mitgliedern der mitteleuropäischen Staatengesellschaft machen würde. Die Verteidiger dieser Politik erlebten, wie vorauszusehen, eine herbe Enttäuschung. Nun richtet sich ihr ganzer Grimm gegen die Polen, die sie Undankbare und Verräter nennen. Solche Vorwürfe sind ungerechtfertigt: Dankbarkeit erwartet kein Staatsmann von den Objekten seiner Politik, und Verräter können wir die Polen schon aus dem einfachen Grunde nicht nennen, weil sie mit einer an Naivität grenzenden Offenheit ihre uns abträgliche Politik verfolgten; daß die verantwortlichen Stellen in Deutschland nicht erkennen wollten,

wohin angefaßt der Eigenart des polnischen Materials ihre eigene Politik mit eiserner Notwendigkeit führen mußte, können wir doch gerechterweise nur diesen und nicht den Polen zur Last legen. Umgekehrt sind die Polen nicht berechtigt, von Verrat und Hinterlist auf unserer Seite zu sprechen, wie es der Agent der austropolnischen Propaganda in Berlin, Herr Wilhelm Feldmann, in einem offenen Briefe an Friedrich Naumann tut, wenn die erste reale Anforderung unserer Daseinsinteressen, wie sie beim Friedensschluß mit der Ukraina zutage trat, schon genügend starke Spannungen erzeugen konnte, um den fundamentlosen Lattenbau der deutsch-polnischen Versöhnungspolitik in Warschau auseinanderzureißen. Nicht Mißverständnisse sind es in erster Linie, wie ein geistreicher deutscher Diplomat gelegentlich in Warschau die Presse glauben machen wollte, sondern die Interessen und ihre Gegensätze, die die Beziehungen der Völker bestimmen! Mit vollem Recht sagte Herr von Kühlmann kürzlich im Reichstage, daß die Diplomaten der Mittelmächte doch das Zustandekommen des Friedens mit der Ukraina mit einem Volk von dreißig Millionen nicht wegen der polnischen Ansprüche auf das Cholmer Land scheitern lassen durften. Daß solche reale Ansprüche an uns in dem Augenblick herantreten mußten, wo die Frage des Friedens mit Rußland auftauchen würde, stand bereits bei Ausbruch des Krieges fest. Infolgedessen war auch jede Politik, die darauf ausging, die Polenfrage nach irgendeiner Richtung festlegen zu wollen bevor wir mit einem neuen Rußland zur Verständigung kamen, zum Scheitern verurteilt, solange sich die Polen nicht freiwillig und als Volksganzes in unsere Reihen eingliederten und den Russen den Krieg erklärten. Daran, daß die Erfüllung dieser Voraussetzung nicht abgewartet worden ist, ist auch die Politik vom 5. November 1916 gescheitert.

Erst im Dezember 1917, das ist, als sich die begründete Aussicht bot mit Teilen von Rußland zu einem Sonderfrieden zu kommen, trat die Aufgabe an die Diplomatie der Mittelmächte heran, das ihnen von den Regierungen überwiesene Programm zur Lösung oder Auflösung oder auch nur zur Fortentwicklung des polnischen Problems auszuführen. Es ist kein Ruhmestitel der Reichsregierung, daß ihre Diplomaten es nicht vermocht haben Österreich-Ungarn vom polnischen Druck zu befreien und sich infolgedessen den polnischen Ansprüchen so vollständig zu unterwerfen, wie es geschehen ist. Doch muß anerkannt bleiben, daß diese Fehloperation auf einem andern Konto der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen ausgeglichen sein würde. Im Augenblick aber, wo die polnische Frage wirklich aktuell geworden ist, mußten die verbündeten Regierungen auch ganz genau wissen, wie dieses schwierigste aller östlichen Grenzprobleme angefaßt werden sollte. Wir übertreiben nicht, wenn wir behaupten, daß die Regierungen schließlich vom Auftauchen der polnischen Frage vollständig überrumpelt wurden und darum zunächst den Kopf in den Sand steckten und die „Lösung“ vertagten, indem die polnischen Interessen völlig beiseite geschoben wurden. Bedeutete dies den Beginn einer bestimmten Arbeit am Probleme selbst, so wäre nichts dagegen zu sagen. Tatsächlich hat man nur versucht dem Probleme aus dem Wege zu gehen, andernfalls wäre es nicht zu dem Zusatzvertrag zwischen Österreich-Ungarn mit der Ukraina gekommen, der darauf zielt die eben erst festgesetzte westliche Grenze der jungen Republik zugunsten der Polen zu vermindern. Dies Vorgehen zeigt, daß unsere Regierung anscheinend noch keinen Entschluß darüber gefaßt hat, was mit

den Polen geschehen soll. Will sie die Polen zu einem Staatsvolk heranwachsen lassen, wie es die verschiedensten Akte und Maßnahmen von der Gründung der Warschauer Universität an in Aussicht stellten, oder will sie die Polenfrage von innen heraus zur Auflösung bringen? Im ersten Falle mußten die Mittelmächte entschlossen einen durch die Größe seines Gebiets Achtung gebietenden polnischen Staate erbauen helfen, unbekümmert um die möglichen politischen Folgen; im zweiten Falle scheint es unabwendbar den großpolnischen Gedanken mit allen zu Gebote stehenden als wirksam erkannten Mitteln auszurotten, was natürlich zur Voraussetzung hat, daß eine jetzt zu fällende Entscheidung in der Polenfrage nicht solche Verhältnisse schafft, die jeden Versuch an Einflußnahme in der gedachten Richtung von vornherein zum Scheitern verurteilen würde. Hier sich wieder mit einem Kompromiß begnügen zu wollen, der versuchte allen Forderungen, woher sie auch kommen mögen, kurzfristig gerecht zu werden, würde die schwerwiegendsten Folgen gerade für Deutschland und seine gesamte Kontinentalpolitik haben.

Wenn ich wieder zu einer solchen Fragestellung gegenüber dem polnischen Problem gekommen bin, so fühle ich mich durchaus frei von irgendeiner Voreingenommenheit gegen die Polen, wie sie mir Herr Wilhelm Feldmann und andere auch deutsche Agenten des austropolnischen Gedankens andichten. Nur nehme ich für mich das Recht in Anspruch die Polenfrage vom deutschen Standpunkte aus zu beurteilen und zu beeinflussen. Im übrigen legen mir die Tatsachen die Pflicht auf, öffentlich festzustellen, daß die Gefundung des politischen Denkens der Polen, deren Beginn ich selbst als einer der ersten meinen Landsleuten vor zehn Jahren und früher nachgewiesen habe, die Feuerprobe des Weltkrieges nicht überstanden hat. Die Polen sind, nachdem ihnen durch die Mittelmächte eine erhebliche Freiheit zu politischer Betätigung eingeräumt worden war, zurückgefallen in ihre alten Fehler, die schon vor den Teilungen zur Auflösung ihres Reiches geführt haben.

Sehen wir die Polenfrage als Einzelproblem aus der Masse politischer Fragen, die durch den Ausbruch des Weltkrieges wieder in Fluß getreten oder neu entstanden sind, so haben wir Deutsche keinen Anlaß, über die neue Wendung, die der Entwicklung des polnischen Problems durch den Frieden mit der Ukraine gegeben ist, zu frohlocken und dies um so weniger, als wir uns noch auf manche Überraschung von österreichischer Seite gefaßt machen müssen. Das Problem als Ganzes ist, wie schon gesagt, weder gelöst, noch bisher zu lösen versucht worden; es ist lediglich in eine neue Phase getreten, bei der neue, unerprobte Faktoren eine große Rolle spielen werden. Die ganze Tragweite des Friedensschlusses vermögen wir noch nicht zu übersehen, da wir weder die Grenzlinie kennen, die das ethnographische Polen gegen Litauen trennen soll noch auch wissen, in welcher Form die Sicherungen gedacht sind, deren es unbedingt für Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen bedarf. Die Polen haben die Abtrennung des Cholmer Landes ohne Ausnahme als eine Kampfansage aufgenommen. In Wien und Warschau haben die polnischen Minister ihre Entlassung aus den Ämtern nachgesucht. In allen drei Gebieten sind die polnischen Parteien geschlossen zur Opposition übergegangen. Im Weichselgebiet ebenso wie in Galizien führen die radikalsten Elemente das Wort. Aber der Haß der Polen richtet sich nicht gegen die drei Teilungsmächte, sondern ist vereinigt auf die

Deutschen und das Deutsche Reich. Er wird mit seiner vollen Wucht auf unsrer Ostmark lasten, dank den Fehlern unserer Diplomaten.

Wir müssen damit rechnen, daß wenn auf dem ehemals russischem Reichsgebiet nicht genügende Sicherheiten geschaffen werden, in Posen, Westpreußen, Oberschlesien und Ostpreußen (Masuren) nach dem Kriege ein Kampf des polnischen Elements gegen das Deutschtum in Stadt und Land einsetzen wird, der in seiner Erbitterung und Rücksichtslosigkeit kaum zurückstehen dürfte hinter dem, was die Tschechen sich in Österreich geleistet haben.

Angeichts dieser Lage und Aussichten erhebt sich für uns auch die Frage nach den inneren Sicherungen, die wir dem polnischen Streben, über unsre Ostmark zu herrschen, entgegenzusetzen könnten.

Soviel scheint festzustehen: die bis zum Kriege befolgte Ostmarkenpolitik wird sich nach dem Kriege ohne gewisse Ergänzungen und Anpassung an die neuen Verhältnisse nicht mehr aufrecht erhalten lassen. Die preußische Staatsregierung hat dem auch schon Rechnung getragen, indem sie einige unbrauchbar gewordene Maßnahmen teils aufhob, teils milderte: das Enteignungsgesetz, das bekanntlich nur bei zwei Grundstücken zur Anwendung gekommen ist, soll wieder in Fortfall kommen, gewisse Beschränkungen, die den Polen beim Landwerb und bei der Bebauung auferlegt waren, sind gleichfalls gefallen; beim Religionsunterricht in den Schulen soll der polnischen Sprache größere Verwendungsfreiheit zugesichert sein. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Ostmark den Polen ausgeliefert werden wird. Was angestrebt wird, ist vielmehr die Entkleidung der Ostmarkenpolitik von alle dem, was ihr einen Angriffscharakter gibt. Aus dem mir zugänglichen, sehr verstreuten Material läßt sich von der teils schon eingeleiteten, teils in Aussicht genommenen Ostmarkenpolitik folgendes Bild entwerfen:

Der Kampf um den Boden wird auf das Maß zurückgeführt, das notwendig ist, um einer Polonisierung deutscher Kreise vorzubeugen; er wird also nicht mehr auf die in Frage kommenden Provinzen als Ganzes ausgedehnt, sondern soll beschränkt bleiben auf einige Ortschaften. Die Ansiedlungskommission bleibt bestehen. Aber die ergänzenden gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften sollen berechtigt sein, neben deutschen Bauern und Landarbeitern auch solche polnischer Nationalität anzusetzen und mit staatlichen Mitteln zu fördern.

Die Ansiedlung deutscher Bauern und Landarbeiter wird in der bisherigen Weise, also in der Form des Rentenguts mit nationalem Wiederkaufsrecht durch die Ansiedlungskommission und durch staatlich unterstützte gemeinnützige Siedlungsgesellschaften mit deutschnationaler Tendenz fortgesetzt. Ebenso wird fortgeföhren in der Besitzbefestigung des deutschen ländlichen Grundbesitzes durch die Regierungsbanken in Posen und Westpreußen, sowie durch die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften in Ostpreußen, Pommern und Schlesien; diese Besitzbefestigung erfolgt mit Hilfe von Hypothekenregulierung und Sicherung für die deutsche Hand in Form des nationalen Wiederkaufsrechtes. — Neu hinzu tritt die Zulassung der Polen zur Ansiedlung unter staatlicher Beihilfe auch außerhalb geschlossener Ortschaften. Das bedeutet eine außerordentlich weitgehende Milderung des § 13b des Gesetzes von 1904, der die Genehmigung zur Ansiedlung von Polen außerhalb geschlossener Ortschaften abhängig machte von der

Bedingung, daß sie den seitens der Ansiedlungskommission verfolgten Zielen nicht widersprach. Zunächst war die Erleichterung in erster Linie für Kriegsbeschädigte gedacht, aber es ergab sich eigentlich von selbst, sie auch auf alle Kriegsteilnehmer auszudehnen, was in der Praxis soviel bedeutet, daß alle Polen überhaupt zur Ansiedlung zugelassen werden; wenigstens würde ein Entgegenkommen in dieser Richtung die Zahl der polnischen Ansiedler kaum erhöhen.

Um der nahe liegenden Gefahr vorzubeugen, daß die Polen das Entgegenkommen ausnutzen, nunmehr das deutsche Ansiedlungswerk planmäßig zu durchkreuzen oder zum Angriff auf deutschen Besitz übergehen, wird bestimmt, daß Polen nur angesiedelt werden können, wo schon Polen in geschlossener Masse beisammen sitzen und wo deutsche Besiedlung noch nicht in Angriff genommen ist. Nur bei Ansiedlung polnischer Kriegsbeschädigter scheint man noch etwas weiter gehen zu wollen. Sedenfalls hat die Regierung dem Reichstag (!) zugesagt, daß polnischen Kriegsbeschädigten nur insoweit die Ansiedlung an bestimmten Orten versagt bleiben soll, wo durch eine Mehrheit polnischer Ansiedlungen der Zweck des deutschen Ansiedlungswerks durchkreuzt werden könnte.

Die Folge solchen Vorgehens wird praktisch im wesentlichen darin zum Ausdruck kommen, daß künftig in der Ostmark eine regionale Teilung nach Gebieten mit einseitig deutschnationaler Siedlung des Staates und seiner Hilfsinstitute und nach solcher mit paritätischer Siedlung durch gemeinnützige Siedlungsgesellschaften Platz greifen wird. Gebiete mit ausschließlich polnischer Siedlung wird es im deutschen Nationalstaate aber auch dann nicht geben, weil der Deutsche überall zur Ansiedlung zugelassen ist.

Für die Städte der Ostmark ist eine Änderung des bisherigen Zustandes nicht vorgesehen. Nach wie vor bleiben die nationalen Institute für Realkredit, nämlich die Pfandbriefanstalt in Posen für Posen und Westpreußen und die Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer in diesen beiden Provinzen ausschließlich den Deutschen zugänglich. Im übrigen hilft der bestehende Deutschtumsfonds, der alljährlich über 2 250 000 Mark verfügen kann, deutschen Handwerkern, Ärzten, Tierärzten, Apothekern, sowie den deutschen Kulturvereinen.

Aber es will mir scheinen, als könnten die großen Milderungen in der Ostmarkenpolitik doch nur, ohne Schaden für das Deutschtum zu stiften, hingenommen werden, wenn die Deutschen in Stadt und Land sich ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit zu Kultur- und Unterstützungsvereinen zusammenschließen wollten, wie sie es z. B. in Osterreich in den nationalgemischten Landesteilen mit so großem Erfolg getan haben. Wie dieser Zusammenschluß zu erfolgen hätte, mag heute unerörtert bleiben, ebenso wer ihn betreiben soll. Nur dies scheint mir schon erwähnenswert: es könnte sich nicht um einen Verein handeln, der seinen Sitz außerhalb der Ostmark hätte und sich begnügte, Ortsgruppen in Posen, Westpreußen und Oberschlesien einzurichten. Was mir vorschwebt, sind lokale Vereine, die, aus dem Bedürfnis des betreffenden Ortes hervorgegangen, Anschluß an ähnliche Organisationen in den Nachbarorten suchen und sich schließlich zu Kreis- und Provinzialverbänden zusammenfügen, die ihrerseits eine Art gemeinsamen deutschen Volksrats für die Ostmark zu bilden hätten. Die Ortsgruppen des Ostmarkenvereins, aber auch jede deutsche Genossenschaft, Sparkasse und sonstige Organisation, sie möge gewerblicher oder kultureller Natur sein, könnte den Ausgangspunkt schaffen

zum Zusammenschluß der Deutschen. Aber alle diese Vereine, wie sie hier genannt sind, hätten nur Aussicht auf Erfolge, wenn sie sich grundsätzlich der negativen Parole „Kampf gegen das Polentum“ entschlügen und dafür die Losung wählten: „Förderung des Deutschtums“, Förderung wirtschaftlich, kulturell, aber im übrigen unpolitisch! Derart, daß auch jeder Beamte und Offizier, Pfarrer, Lehrer und Gewerbetreibende in die Organisation eintreten könnte.

Eine solche Neubegründung der preußisch-deutschen Ostmarkenpolitik auf den Schultern des gesamten Deutschtums in den bedrohten Provinzen unter gleichzeitiger Aufhebung der Ausnahmebestimmungen sollte um so größere Aussicht auf Erfolg haben, je mehr die Demokratisierung des Wahlrechts das deutsche Element zum Zusammenschluß zwingt. Das politische Vereinswesen wird sich in der Ostmark besonders bei den Polen beleben. Die Mittel der Propaganda gegen das Deutschtum werden daher zahlreicher und wirksamer werden. Es muß daher als ein glücklicher Gedanke bezeichnet werden, daß die preußische Regierung durch Zulassung der Kriegsteilnehmer polnischer Nationalität zur Ansiedlung in ihrer Heimat gerade diese der Propaganda entzogen hat. Was wir in der Ostmark vor allen Dingen brauchen, nach allen den Jahren des äußern und innern Kampfes ist friedliche innere Entwicklung. Der innere Friede wird aller Voraussicht nach häufig genug angegriffen werden durch die Agitation der Polen aus dem Weichselgebiet. Deshalb ist besonders unsre Ostmark daran interessiert, daß die Verhältnisse dort eine Gestaltung erfahren, die den Druck auf unsre Grenze nicht gar zu fühlbar werden lassen. Die letzten Erfahrungen lehren uns, welche Macht schon heute die Polen in Wien haben. Die polnischen Offenherzigkeiten zeigen uns, wie und in welcher Richtung sie die Macht zu gebrauchen gedenken. Eine Vereinigung russischen Gebiets mit Galizien würde eine weitere Stärkung der politischen Macht der Polen in Wien und damit eine große Gefährdung unseres Bündnisses bedeuten. Der in Brest-Litowsk betretene Weg zum Frieden darf daher nicht über die sogenannte austropolnische Lösung weiterführen.



Lateinisch oder Katholisch!

Von Dr. Karl Buchheim



eit dem Beginn des Weltkrieges fühlen sich die deutschen Katholiken innerhalb ihrer Kirche stark vereinsamt. Die westeuropäischen, insbesondere die französischen Glaubensgenossen haben den Kampf der Waffen sofort auf das geistige Gebiet übertragen und die Deutschen als schlechte und mißratene Söhne der Kirche verdächtigt. Man stellt sie als halbe Protestanten hin, oder gar als Heiden, denen der alte Wotan teurer sei als Christus, was doch höchstens für einzelne, besonders österreichische, Alideutsche zutrifft, die nach ihrem Taufschein ja allerdings Katholiken sein mögen.